Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 29 (1939)
Heft: 8

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltwochenschau

Argwohn in Frankreich.

„Es gibt keinen Krieg, denn die maßgebenden Gruppen des Finanzkapitals wollen ihn nicht." Das ist der Refrain der Propheten, die überzeugt sind, daß nicht der Generalstab, nicht die Meinung der Parteien, nicht die Kraft der frühern, immerhin antifascistischen Volksfront, sondern der Wille einiger weniger Männer entscheiden wird. Einiger Männer, die man gewöhnlich gar nicht nennt. Die Gruppe um Flandin operiert als „Strohmännergruppe" dieser geheimen Herrschaft; ihr sehr nationalistisches Gebahren darf nicht ernst genommen werden . . . im übrigen werden sie geschickt genug sein, zu behaupten, nur ihre Politik diene dem Heil, die Politik der andern aber dem Unheil Frankreichs.

Ist es so schlimm? Man neigt mehr und mehr dazu, es zu glauben. Gäbe es jene entschlossene Volks- und Parteienmehrheit, die einen entschiedenen „Kurs zur Rettung des Landes" erzwingen müßte, Frankreich befände sich nicht in seiner ewigen Ungewißheit und Unruhe. Es wüßte, ob General Franco als spanischer Regent anerkannt oder abgelehnt werden soll. Es wüßte, ob man der republikanischen Partei helfen oder aber auf die Vorspiegelung trügerischer Sympathien eindeutig verzichten soll. Es wüßte, wie man auf die japanische Provokation im Falle der Insel Hainan zu antworten hätte. Kurz, es wüßte, was sein eigener Wille sei.

Einige Wochen lang schien es, als bestehe in der Tat ein solcher Wille, und die Regierung Daladier sei Ausdruck dieses Willens. „Kein Fußbreit unseres Bodens wird abgetreten." So hieß es, als die italienischen Abgeordneten „Tunis, Korsika, Dschibuti" riefen. Und im sichern Glauben an die selbstverständliche Aufrichtigkeit solcher Regierungserklärungen demonstrierten die Studenten in Paris mit Plakaten: „Wir wollen Sardinien und Venedig!" Gleichsam, um den Italienern die Scherzhaftigkeit aller Aspirationen auf fremden Boden darzutun.

Der Fall Kataloniens riß den Abgrund der Meinungen jäh wieder auf. Die spekulierenden Politiker der Rechten verlangten eine rasche Anerkennung der siegreichen Rebellenregierung, in der Hoffnung, Mussolini um den Preis seiner Erfolge betrügen zu können. Sie erreichten von der Regierung die Entsendung der Mission Bérard nach Burgos und betrachteten damit die Anerkennungsaktion als eingeleitet. Und es schien auch, als ob unmittelbar ein Gesandter bezeichnet und bei Franco akkreditiert werde. Heute fragt man sich, weshalb die Regierung Daladier an Ort steht und weder die Anerkennung ausgesprochen noch den Gesandten bezeichnet hat.

Der Grund dürfte ein sehr einfacher sein: Aller durchgeführten Sondierungen ergaben, daß Franco nicht zu kaufen sei. Viel zu klar muß dem fascistischen Machthaber vor Augen stehen, welche Gefahr ein Lavieren innerpolitisch nach sich zöge. Die antifascistischen Parteien zögen aus dem republikanischen Frankreich neue Energien, und die Möglichkeit neuer Erhebungen wäre direkt gegeben. Da ist es schon besser, man halte sich an den ideologischen Bruder in Rom und an seinen eisenstarrenden Freund in Berlin. Mit der nötigen Propaganda kann man dem spanischen Volke sicher einbläuen, wie wichtig die „Blutsbrüderschaft" mit Italien und die Todfeindschaft gegen das verräterische Frankreich sei. Ja, man wird den geschlagenen Republikanern die Niederträchtigkeit eines Systems beweisen, das mit schönen Worten Freundschaft heuchelte und dabei nicht einen Finger rührte, um die Katastrophe zu verhindern. Und bald wird der stolze Spanier sagen: Lieber mit den Räubern, die etwas getan, als mit den Krämern, die uns verschacherten!

All dies merkt die französische Regierung. Und nun probiert sie das Letzte, um Burgos umzustimmen: Sie fordert durch den Mund des Präsidenten Azaña auf, sich Franco zu unterstellen. Und denkt sich dabei, die Entscheidung rasch herbeizuführen, die Abfahrt der „Freiwilligen" erzwingen und Franco die Handlungsfreiheit zurückgeben zu können, die ihn hindere, Frankreich die Hand zu reichen. Das Echo auf diese Bemühungen liest man am besten aus den Erklärungen General Jordanas, der als Außenminister Francos die wahre Meinung seines Chefs ausgesprochen: „Unsere Dankbarkeit gegen die Chefs der Länder, die uns in den schwersten Stunden Freundschaft erwiesen, wird nie ins Wanken kommen!" Jordana nennt ganz klar Italien, Deutschland, Portugal und Japan. Und er fügt bei, die andern Staaten hätten sich selbst geschadet. Das geht Frankreich vor allem an. Aber es fragt sich, ob seine Lenker in der Lage, die sie selbst geschaffen, noch verstehen dürfen.

Daß sie ahnen, was sich vorbereitet, verraten die Geheimverhandlungen über die Köpfe der Gesandtschaften in Rom und Berlin hinweg. Ein Herr de Brinon nimmt in Berlin, ein Herr Baudoin in Rom Fühlung mit den Außenministerien, um sich zu erkundigen, wie man die Tunis- und Dschibutifrage praktisch lösen könnte. Französische Blätter bringen diese Verhandlungen aus, die Regierung muß dementieren. Die Dementis klingen nicht überzeugend. Das Land murrt, ahnt, daß Herr Bonnet, der Vertrauensmann der maßgebenden britisch-französischen Banken, Verzichte vorbereite, um den Krieg zu verhindern. Ein katholischer Publizist warnt und spricht den Verdacht aus, man müßte gewisse Politiker überwachen.

Inzwischen wird bekannt, daß in Syrien die Mandatsregierung zurückgetreten, daß die Führer der Opposition eine „Unabhängigkeitserklärung" ausgegeben, und daß sich Unruhen ereignet haben. Mit Grausen wird der einsichtige Franzose inne, an wievielen Stellen des „Empire" Bewegungen der Eingebornen losbrechen könnten, sollte ein europäischer Krieg Tatsache werden.

Aber nichts spricht dafür, daß die beargwöhnte Regierung einer andern, zur Abwehr entschlossenen, weichen wird. Die Parteien, welche eine solche Regierung stellen müßten, sind fast alle gespalten. Die Rechte glaubt zur Hälfte, man könne sich den Verzicht Italiens auf die „Aktion" durch eigene Fascisierung oder doch durch totale Ausschaltung der Linken erkaufen; die andere hofft, durch diese Rechtsschwenkung wenigstens das „nationale Spanien" versöhnen und neutralisieren zu können. Links aber . . . erbarm sich der Himmel! Die gleichen Gruppen, die dem friedensfreundlichen Bonnet mit seinen hintergründigen Milliardären Landesverrat vorwerfen, zappeln selbst nach dem „Frieden um jeden Preis". Die Fraktion der Sozialisten, die größte, ist durch und durch paralysiert.

Unheimlicher Südosten.

Wenn etwas mithilft, die Entschlossenheit der Diktaturen zu einem jähen Angriff auf den Westen zu bremsen, dann ist es die undurchsichtige Lage im nahen Südosten; die siegreiche „Achse", die nach dem Falle der Tschechei und der Ausschaltung ihrer schlagkräftigen Armee über die wirtschaftlichen und militärischen Reserven der kleinen Staaten zu verfügen schien, muß heute feststellen, wie unsicher selbst die nächstverbündeten unter diesen Halbdiktaturen geworden sind. Von „Triest bis Memel", könnte man sagen, gibt es in der Tat keinen, auf den man sich unbedingt verlassen dürfte.

In Ungarn hat die Regierung Imredy einem Kabinett Teleki Platz gemacht. Das bedeutet zum mindesten eine Wendung „italienwärts" und ein Zurückweichen vor den deutschen Umarmungen. Die unverhüllten Forderungen einer deutschen aktiven Minderheit nach gewissen Grenzgebieten, z. B. Oedenburg, die Aufputschung der ungarischen Nazis, die

als einzige zu fürchtende Opposition gelten, lassen bei zunehmendem Druck von Berlin her weitere Schübe als möglich erscheinen.

In Rumänien wird die Jagd nach den Führern der „eisernen Garde" mit brutalem Eifer fortgesetzt. Zudem aber strebt man zum ersten Mal nach einer umfassenden Vereinigung der Handelsbeziehungen mit Rußland, und der deutsche Gegenzug eines riesigen Petrolkaufes hält den Prozeß nicht auf.

In Jugoslavien arbeitet die neue Regierung nach dem Ausgleich mit den Kroaten und einer weitgehenden Demokratisierung des Systems. Und außenpolitisch wird die Anlehnung an Rumänien und einen von der Türkei befürworteten straffern Balkanbund deutlicher sichtbar.

Polen schickt den Außenminister Beck nach Frankreich und England. Die Aufraffung Rumäniens erhöht die Bedeutung des polnisch-rumänischen Bündnisses in den Augen dieses klugen angeblichen Parteigängers der Achse selbst. Sein Besuch in London gilt als ein Anzeichen dafür, daß es England ist, welches heute an Frankreichs Statt den Südosten als Bündnispartner des Westens zu organisieren versucht.

Beinahe sieht es so aus, als ob England und der Südosten demnächst Frankreich schützen und patronisieren werden, Frankreich, das bis vor einem Jahr als Schutzpatron des Südostens galt!

Der angegriffene Bundesrat.

Die Anerkennung Francos als Regent Spaniens durch den Bundesrat hat Angriffe ausgelöst, die beweisen, daß die Einigkeit unseres Volkes nicht „aus den Tiefen" kommt, daß leicht die Gräben weltanschaulicher Art aufgerissen werden könnten, leicht die „Lager" sich wieder bilden könnten, die auf heute zugeschüttete Krisenherde zurückzuführen sind. Man nehme uns nur die Gefahrwolke von den Häuptern weg, und man wird sehen!

Frage ist nur, ob die Landesregierung nicht von ähnlichen untergründlichen Einstellungen beherrscht wird wie die Parteien von rechts und links! Anders dürften sich doch die Parteien nicht erlauben, mit Fingern nach dem Bundeshaus zu weisen: Da seht, wo sie stehen! Natürlicherweise ist es diesmal die Linke, die nach den Steinen greift; ob sie dabei auch verrät, wo ihre Sympathien standen: Der Bundesrat hat es auch verraten. Im Falle Rußland kam eine Anerkennung nie in Frage, trotzdem die Interessen einer ganzen Anzahl vertriebener Schweizer zu wahren gewesen wären, und trotzdem sich die Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit dem Bolschewikistaat für uns genau so gut lohnen würde, wie es sich für Italien und das Dritte Reich, zwei Großkunden Rußlands, gelohnt hat und weiterhin lohnt! Und die russische Regierung kam durch eine Revolution und durch Anwendung blutigen Terrors zur Macht, nicht anders als die Regierung Francos.

Die Art, wie die Uebergabe der Villa draußen am Dählhölzlirand vom bisherigen Gesandten Fabra Ribas gefordert wurde und wie man durch unsere Behörden die Räumung „dringend" erzwang, wird die Ursache weitgreifenden Unmutes werden. Es wird dabei vergessen werden, daß der Bundesrat gleichzeitig statt nur 20,000 insgesamt 100,000 Franken zur Linderung der Not im republikanischen Spanien sendet, das Rote Kreuz mit weitern 60,000 Franken in bar und natura bedenkt, und schließlich für Spanienkinder in der Schweiz 20,000 Franken fließen läßt. Es wird auch nicht gesagt werden, daß nunmehr 1500 Schweizern in Francospanien nur 250 im republikanischen Rest gegenüberstehen. Und auch das wird man nicht rechnen, daß unser diplomatisches Personal in Restspanien bleibt und mit den französischen Stellen zusammenarbeiten wird. Denn die Tatsache, daß wir als erster neutraler Staat sogar England und Frankreich vorangehen, bleibt als Demonstration ganz bestimmter Gesinnung bestehen und streicht das ganze übrige noble Verhalten zwar nicht durch, fordert aber geradezu heraus zur Demonstrierung der Gegengesinnung. Was wirklich nicht nötig gewesen wäre.

Niemand wird sich aufrichtiger bemühen, den Schritt des Bundesrates auszuwerten, als das sozialdemokratische Initiativkomitee für die Volkswahl des Bundesrates. Art. 95, 96 und 96bis der Bundesverfassung sollen die Wahl der Bundesräte auf Grund von 30,000 gesammelten Unterschriften „pro Mann" vorsehen. Die so Vorgeschlagenen sollen alle vier Jahre, am gleichen Tage wie die Nationalräte, gewählt werden, mit vierjähriger Amtsdauer. Der neungliedrige Rat soll je 5 Deutschschweizer und drei Mitglieder aus den drei andern Sprachgebieten zählen. Die Parteienstärke soll berücksichtigt werden. Aus einem Kanton soll nur ein Bundesrat stammen.

Wir zweifeln nicht daran, daß diese Initiative Haufen von Unterschriften auf sich vereinigen wird. Eine andere Frage aber wird ihre Behandlung in den Räten (Tempo!) und ihr schließliches Schicksal in der Volksabstimmung sein.

Das Ringen um die Planung.

Nicht mechanisch-bürokratische Planung wie in den Diktaturländern, sondern „organisch-natürliche Planung", das sollte ein populäres Stichwort werden und die sture Abneigung gegen planmäßige Organisation des Wirtschaftslebens ablösen. Denn ohne solche Planung werden wir die Aengste mit ihren nervenzerstörenden Folgen, die Begünstigung des „Billigen", die Hast nach dem Gewinn innerhalb befristeter Konjunkturen, das Jagen nach Genuß, „solange man's hat", nicht mehr los, und die Rückkehr zur ruhigen Qualitätsleistung wird mehr und mehr unmöglich.

Da fangen sie schon wieder an zu bangen: Der Zinsfuß für mittlere Hypotheken geht rapid zurück und muß die Obligationenzinsen, von denen so mancher Sparer lebt, mit sich in den Abgrund ziehen. Die SBB zeigen wieder Monatsergebnisse, die schlechter wären als im Vorjahr, hätte man nicht 207 Mann abgebaut, arbeitslos gemacht oder „auf Halbsold gesetzt", d. h. pensioniert, ohne der entsprechenden Zahl aus dem Nachwuchs Arbeit zu geben. Und so weiter und so weiter. Die Hälfte aller wirtschaftlichen Nachrichten ist ja dazu angetan, bei größern oder kleinern Kreisen Stirnrunzeln, Unruhe und Mißbehagen auszulösen.

Wenn der schweizerische Wirteverein, um nur ein Beispiel zu geben, feststellt, daß nun insgesamt 16 Kantone den obligatorischen Fähigkeitsausweis für Personen, die mit oder ohne Alkohol wirten wollen, verlangen, dann sehen wir darin eins unter hundert notwendigen Elementen „freiwilliger Planung" aus den Bedingungen der Arbeitsbranche heraus. Und wenn dieser Verein von den eidgenössischen Räten erhofft, daß sie bei der Beratung der neuen Wirtschaftsartikel den Kantonen erlauben werden, zugunsten des Gastwirtegewerbes Bestimmungen zu erlassen, die „die Handels- und Gewerbefreiheit" verlassen, dann erkennen wir den naturnotwendigen Kurs, den keine Theorie wegleugnen kann.

Wir haben eine Kombination von „Plan und Freiheit" zu erstreben, die segensreiche „freie Initiative" dort zu sichern, wo sie dem Ganzen nützt, und dort zu bremsen, wo sie den Schwachen und zugleich dem Ganzen schadet. —an—

Wr scho PERSER-
de vom Stettler
Amthusgass 1 Bärn